

Der Bezirksbürgermeister

Bezirksvertretung 9 (Mülheim)

Geschäftsführung
Frau Schall

Telefon: (0221) 221-99322

Fax: (0221) 221-99412

E-Mail: petra.schall@stadt-koeln.de

Datum: 13.05.2016

Niederschrift

über die **14. Sitzung der Bezirksvertretung Mülheim** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 11.04.2016, 17:05 Uhr bis 19:15 Uhr, Bezirksrathaus Mülheim, VHS-Saal, Wiener Platz 2a, 51065 Köln

Anwesend:

Bezirksbürgermeister

Herr Bezirksbürgermeister Norbert Fuchs SPD

Mitglieder der Bezirksvertretung

Frau Claudia Brock SPD

Herr Karl Heinz Frebel SPD

Frau Jutta Kaske-Vollmer SPD

Frau Berit Kranz SPD

Herr Alexander Lünenbach SPD

Herr Hans Stengle SPD

Herr Eric Haeming CDU

Herr Heijo Kondring CDU

ab 17:55 Uhr bis Ende anwesend

Herr Max Christian Derichsweiler GRÜNE

Frau Ursula Schlömer GRÜNE

Herr Winfried Seldschopf GRÜNE

Herr Nijat Bakis DIE LINKE

Herr Joscha-Michael Merkl ALFA

Herr Torsten Tücks FDP

Frau Judith Wolter pro Köln

anwesend bis 18:50 Uhr

Verwaltung

Herr Ralf Mayer

Bürgeramt Mülheim (kommissarisch)

Herr Dietmar Reddel

Amt für Straßen- und Verkehrstechnik

Herr Dirk Schmaul

Amt für öffentliche Ordnung

Frau Nina Schierp

Stadtplanungsamt

Frau Elke Müssigmann

Stadtplanungsamt

Frau Heidi Steland

Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster

Frau Ina Fohlmeister

Amt für Stadtentwicklung und Statistik

Frau Dr. Susann Kunadt

Amt für Stadtentwicklung und Statistik

Gast

Herr Jürgen Laggies

Polizeiinspektion 5, Nord-Ost

Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter

Herr Wolfgang Rusch

anwesend bis 18:05 Uhr (Ende ö.T.)

Frau Karin Scherer

anwesend bis 18:05 Uhr (Ende ö.T.)

Presse

Zuschauer

Entschuldigt:

Mitglieder der Bezirksvertretung

Herr Stephan Krüger

CDU

Herr Dr. Thomas Portz

CDU

Thomas Rossbach

CDU

Der Vorsitzende, Herr Bezirksbürgermeister Fuchs, eröffnet die 14. Sitzung der Bezirksvertretung Mülheim in der Wahlperiode 2014/2020 und begrüßt alle Anwesenden.

Von der Tagesordnung abgesetzt wird der TOP 10.2.5. Die Verwaltung hat die Vorlage zurückgezogen und wird sie in einer der nächsten Sitzungen erneut einbringen.

Der TOP 9.2.5 wird auf Wunsch der Verwaltung mit TOP 10.2.7 zusammen behandelt. Die Anlage 3 zu TOP 9.2.5 ist im nicht öffentlichen Teil zu behandeln.

In der FVB wurde der Wunsch geäußert, die Beschlussfassung zu TOP 9.2.5 auf die Sitzung am 30.05.2016 zu vertagen. Die Beratung hierzu erfolgt dennoch in der heutigen Sitzung.

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs kündigt an, dass in der FVB beschlossen wurde, zu der Anfrage „Sonnenscheinstraße“ (TOP 7.2.4) einen Dringlichkeitsantrag zu formulieren.

Als Stimmzähler werden Frau Kranz, Herr Haeming und Frau Schlömer benannt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Herr Bezirksbürgermeister Fuchs den Leiter des Bürgeramtes Nippes, Herrn Ralf Mayer, als kommissarischen Leiter des Bürgeramtes Mülheim sowie Frau Nina Schierp als neue Vertreterin des Stadtplanungsamtes und Nachfolgerin von Herrn Berkenkamp vor.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Einwohnerfrage: Gefahrenpunkt an der Kreuzung Rendsburger Platz/ Bertoldistraße

2 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3 Einwohneranträge gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4 Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Annahme von Schenkungen

7 Anfragen

7.1 Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

7.1.1 Gefahrenpunkt versetzter Kreuzungsbereich Bensberger Marktweg/Pennigsfelder Weg
hier: gemeinsame Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Sitzung der Bezirksvertretung Mülheim am 30.11.2015,
TOP 7.2.1
0731/2016

7.2 Neue Anfragen

7.2.1 Bauarbeiten Hufelandstraße / Haferkampstraße
AN/0545/2016

7.2.2 Anfrage des EMT Herrn Bakis (DIE LINKE)

Turnhallen in Mülheim
AN/0554/2016

7.2.3 Anfrage des EMT Herrn Bakis (DIE LINKE)

Kalkberg
AN/0555/2016

7.2.4 Anfrage des EMT Herrn Bakis (DIE LINKE)

Sonnenscheinstraße, Stegerwaldsiedlung
AN/0556/2016

8 Anträge

8.1 Entscheidungen gemäß § 37 Absatz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

8.1.1 Antrag der SPD-Fraktion

Frankfurter Straße in Köln Buchheim; hier: falsch parkende Kraftfahrzeuge
AN/0537/2016

8.1.2 gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beidseitiger Fahrradschutzstreifen auf dem Bensberger Marktweg
AN/0539/2016

8.1.3 gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion

Buslinie 190 - Ausweitung der Betriebszeiten
AN/0538/2016

8.1.4 gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Rückzugsräume in Flüchtlingsunterkünften
AN/0546/2016

8.1.5 gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der CDU-Fraktion

Sanierung der Sonnenscheinstraße in der Stegerwaldsiedlung
AN/0661/2016

8.2 Vorschläge und Anregungen gemäß § 37 Absatz 5 Satz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

9 Verwaltungsvorlagen

9.1 Entscheidungen gemäß § 37 Absatz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

9.1.1 Einrichtung Alternierendes Parken sowie Einrichtung Einzelbeschilderung Piccoloministraße
0710/2016

9.1.2 Kreisverkehr Bertoldisstraße
0807/2016

9.1.3 Weitere Vergabe von bezirksorientierten Mitteln für das Haushaltsjahr 2016
0936/2016

9.1.4 Städtebauliches Planungskonzept zum Bebauungsplan - Arbeitstitel: Deutz-Areal in Köln-Mülheim
hier: Stellungnahme der Bezirksvertretung Mülheim zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
1076/2016

9.2 Anhörungen und Stellungnahmen gemäß § 37 Absatz 5 Sätze 1 und 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

9.2.1 Lärmaktionsplanung nach EU-Umgebungslärmrichtlinie bzw. § 47 d BIm-SchG / Handlungs- und Maßnahmenkatalog der Firma LK-Argus für die weiteren Arbeiten zur Kölner Lärmaktionsplanung
2422/2015

9.2.2 Umsetzung Stadtentwicklungskonzept Wohnen (STEK Wohnen)
hier: Beschleunigung von Bauleitplanverfahren
2924/2015/1

9.2.3 Umlegungsanordnung für das Umlegungsgebiet Nr. 415 in Köln-Dellbrück (Pfarrer-Hillmann-Weg)
3954/2015

9.2.4 Konzept Essbare Stadt Köln
0514/2016

9.2.5 Umsetzung STEK Wohnen
hier: Neue Flächen für den Wohnungsbau
1028/2015

9.2.6 Beschluss über die Einleitung sowie Satzungsbeschluss betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 70510/02
Arbeitstitel: Dünnwalder Kommunalweg in Köln-Stammheim/-Flittard, 1. Änderung
0644/2016

9.2.7 Elektronischer Versand der Sitzungsunterlagen
Überführung des Evaluationsbetriebes in den Echtbetrieb
3516/2015

9.2.8 Weiterer bedarfsgerechter Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige und für Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt bis 2020/21 ff.
2877/2015

10 Mitteilungen

10.1 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

10.2 Mitteilungen der Verwaltung

10.2.1 Baumfällungen im Stadtbezirk Mülheim

10.2.2 Unerledigte Anfragen und Anträge der laufenden Wahlperiode

Übersicht Stand 07.04.2016
1212/2016

10.2.3 Äußerer Grüngürtel rechtsrheinisch
Ausgleichsflächen östlich der A3
0300/2016

10.2.4 Fortführung der Verstetigung des Integrierten Handlungsprogramms Mülheim 2020
0318/2016

10.2.5 3. Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im zweiten Halbjahr 2016
0615/2016
Die Vorlage wurde von der Verwaltung zurückgezogen

10.2.6 Beantwortung einer Anfrage der Gruppe im Rat der Stadt Köln Deine Freunde vom 14.01.2016 zum Kunst- und Gewerbehof Deutz-Mülheimer-Straße 127 – 129
0463/2016

- 10.2.7 Bericht zur Kleinräumigen Bevölkerungsprognose für Köln 2015 bis 2040
0857/2016
- 10.2.8 Information der Bezirksvertretungen über die Fällung städtischer Bäume im
Zuständigkeitsbereich des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen
0112/2016
- 10.2.9 Versetzung der Werbetafel auf der Bergisch Gladbacher Straße
hier: Beschluss aus der Sitzung der Bezirksvertretung Mülheim vom
22.02.2016, TOP 8.1.4
0873/2016
- 10.2.10 Beantwortung einer Anfrage der Piratengruppe zur Schließung von öffentli-
chen Toiletten und Forderung nach Drogenkonsumraum
3900/2015
- 10.2.11 Sachstand GGS Leuchterstraße /Neubau für OGTS
0649/2016
- 10.2.12 Laternen auf dem Fuß- und Radweg zwischen Thielenbrucher Allee und
Gemarkenstraße in Köln-Dellbrück, hier: Beschluss aus der Sitzung der Be-
zirksvertretung am 18.01.2016, TOP 8.1.2
0843/2016
- 10.2.13 Mitteilung über erfolgte Beschlussfassungen des Jugendhilfeausschusses
0919/2016
- 10.2.14 Benennung von Straßen und Plätzen innerhalb Kölns - Vorschlag der Stadt-
AG Lesben, Schwule und Transgender sowie des Ausschusses für Anregun-
gen und Beschwerden
0887/2016
- 10.2.15 Bericht des Behindertenbeauftragten 02/2016
0461/2016
- 10.2.16 Wahl der Seniorenvertretung der Stadt Köln 2016
1031/2016

10.3 Bemerkungen zur Niederschrift

II. Nichtöffentlicher Teil

Erfahrungsaustausch mit dem Leiter der Polizeiinspektion Köln-Mülheim

11 Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

12 Anträge

13 Verwaltungsvorlagen

13.1 Entscheidungen gemäß § 37 Absatz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

13.1.1 Auszeichnung mit der Sportehrenurkunde für das Jahr 2015
1114/2016

13.2 Anhörungen und Stellungnahmen gemäß § 37 Absatz 5 Sätze 1 und 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

14 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

I. Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Einwohnerfrage: Gefahrenpunkt an der Kreuzung Rendsburger Platz/ Bertoldistraße

Herr Mayer beantwortet die Einwohnerfrage mündlich.

2 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3 Einwohneranträge gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nord- rhein-Westfalen

4 Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gemäß § 26 der Gemeindeord- nung des Landes Nordrhein-Westfalen

5 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Annahme von Schenkungen

7 Anfragen

7.1 Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

7.1.1 Gefahrenpunkt versetzter Kreuzungsbereich Bensberger Markt- weg/Pennigsfelder Weg hier: gemeinsame Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Sitzung der Bezirksvertretung Mülheim am 30.11.2015, TOP 7.2.1 0731/2016

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen. Die Angelegenheit ist da-
mit erledigt.

7.2 Neue Anfragen

7.2.1 Bauarbeiten Hufelandstraße / Haferkampstraße AN/0545/2016

Eine Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor.

7.2.2 Anfrage des EMT Herrn Bakis (DIE LINKE)

**Turnhallen in Mülheim
AN/0554/2016**

Eine Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor.

7.2.3 Anfrage des EMT Herrn Bakis (DIE LINKE)

**Kalkberg
AN/0555/2016**

Eine Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor.

Herr Merkl möchte bei der Gelegenheit den Appell an alle Mitglieder der Bezirksvertretung Mülheim richten, zukünftig wieder vermehrt Bürgerinformationsveranstaltungen zu besuchen. Er sei in letzter Zeit auf mehreren Veranstaltungen gewesen, sowohl zum Kalkberg als auch zur Unterbringung von Flüchtlingen, und er sei meist der einzige Vertreter gewesen.

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs weist Herrn Merkl zur Kenntnis darauf hin, dass die Bezirksvertretung Mülheim sich gegen den Kalkberg als Hubschrauberrettungsstation ausgesprochen hat.

7.2.4 Anfrage des EMT Herrn Bakis (DIE LINKE)

**Sonnenscheinstraße, Stegerwaldsiedlung
AN/0556/2016**

(siehe TOP 8.1.5).

8 Anträge

8.1 Entscheidungen gemäß § 37 Absatz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

8.1.1 Antrag der SPD-Fraktion

**Frankfurter Straße in Köln Buchheim; hier: falsch parkende Kraftfahrzeuge
AN/0537/2016**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim bittet die Verwaltung dafür Sorge zu tragen, dass alle Kraftfahrzeuge, die auf der Frankfurter Straße von der Guilleaumestraße bis Acker-

straße, parken, so parken, dass der fließende Verkehr und die Fußgänger auf dem Überweg nicht behindert oder gefährdet werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

8.1.2 gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Beidseitiger Fahrradschutzstreifen auf dem Bensberger Marktweg
AN/0539/2016**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass auf dem Bensberger Marktweg - im Rahmen der geplanten Sanierung des Straßenbelages – in beiden Richtungen zwischen Penningsfelder Weg und Mielenforster Straße, ein Fahrradschutzstreifen eingezeichnet wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

8.1.3 gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion

**Buslinie 190 - Ausweitung der Betriebszeiten
AN/0538/2016**

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs informiert darüber, dass es in absehbarer Zeit zu dem Thema auch ein interfraktionelles Gespräch geben wird.

Frau Schlömer ergänzt zu der Begründung des Antrages, dass beim Bau der Mülheimer U-Bahn seinerzeit zugesagt wurde, die wegfallende Anbindung an das Stadtbahnnetz durch entsprechende Buslinien zu kompensieren. Insbesondere an Sonntagen vormittags bedarf es hier dringend einer Nachbesserung.

Beschluss:

Die Verwaltung möge – in Zusammenarbeit mit der KVB – prüfen, ob die Betriebszeiten der Buslinie 190 auch auf den Sonntagvormittag ausgeweitet werden können.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

8.1.4 gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Rückzugsräume in Flüchtlingsunterkünften
AN/0546/2016**

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten dafür zu sorgen, dass in Flüchtlingsunterkünften im Bezirk Mülheim die dort unterzubringenden oder bereits untergebrachten Frauen und Frauen mit Kindern Rückzugsräume erhalten und außerdem vor Übergriffen bestmöglich geschützt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

8.1.5 gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der CDU-Fraktion

**Sanierung der Sonnenscheinstraße in der Stegerwaldsiedlung
AN/0661/2016**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim bittet die Verwaltung, die Planung zur Sanierung der Sonnenscheinstraße in der Stegerwaldsiedlung aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

8.2 Vorschläge und Anregungen gemäß § 37 Absatz 5 Satz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

9 Verwaltungsvorlagen

9.1 Entscheidungen gemäß § 37 Absatz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**9.1.1 Einrichtung Alternierendes Parken sowie Einrichtung Einzelbeschilderung Piccoloministraße
0710/2016**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim beauftragt die Verwaltung, die Einrichtung von alternierenden Parkständen im Bereich der Piccoloministraße zwischen Honschaftsstraße und Buschfeldstraße entsprechend der vorgelegten Planung sowie die Einrichtung einer Tempo 30 Einzelbeschilderung umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

9.1.2 Kreisverkehr Bertoldisstraße 0807/2016

Herr Tücks fragt nach, ob bei den Planungen schon darüber nachgedacht wurde, die Busse ein wenig weiter vorne halten zu lassen. Auf Höhe des Abgangs von der S-Bahn wäre dies aus seiner Sicht sinnvoll.

Herr Reddel antwortet, dass die Busse seiner Kenntnis nach genau dort halten, wo die Aufgänge sind. Es sei dort eine Querungshilfe vorhanden, die sinnvollerweise unmittelbar hinter den jeweils haltenden Bussen angebracht ist.

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs erkundigt sich nach dem vorgesehenen zeitlichen Ablauf.

Derzeit werde bereits parallel zur Fertigstellung der Planung an der Bauvorbereitung gearbeitet, so Herr Reddel. Unter der Voraussetzung, dass mit Blick auf die derzeit noch vorläufige Haushaltsführung die Finanzierung sichergestellt ist, wolle die Verwaltung zum Ende des Jahres, spätestens aber Anfang nächsten Jahres mit den Bauarbeiten beginnen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim beauftragt die Verwaltung mit der Umgestaltung des Knotenpunktes Bertoldistraße/ Rendsburger Platz/ Kieler Straße/ Graf-Adolf-Straße in einen Kreisverkehr sowie der Umgestaltung der Bertoldistraße und der Waldecker Straße von Graf-Adolf-Straße bis Heidelberger Straße gemäß vorgelegter Ausführungsplanung mit Gesamtkosten in Höhe von 1.085.000 €.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

9.1.3 Weitere Vergabe von bezirksorientierten Mitteln für das Haushaltsjahr 2016 0936/2016

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs erläutert, dass es noch erheblichen Beratungsbedarf gibt und die Vorlage daher auf den nächsten Sitzungstermin verschoben wird. Mittlerweile liegen Anträge vor, die in der Summe die noch zur Verfügung stehenden Mittel bei Weitem überschreiten. Ein endgültiger Beschluss erfolgt in der Sitzung am 30.05.2016.

Der TOP wird damit auf die nächste Sitzung vertagt.

9.1.4 Städtebauliches Planungskonzept zum Bebauungsplan - Arbeitstitel: Deutz-Areal in Köln-Mülheim hier: Stellungnahme der Bezirksvertretung Mülheim zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung 1076/2016

Herr Seldschopf weist darauf hin, dass sich die allermeisten Anmerkungen der Bürgerinnen und Bürger rund um das Thema Verkehr drehen. Das zeige eindeutig die Wichtigkeit des Themas, sodass die Bezirksvertretung dieses mit dem Stichwort „Niederflurbahn“ auf jeden Fall weiter verfolgen müsse.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim nimmt die Niederschrift über die am 27.01.2016 stattgefundene Veranstaltung zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und die hierzu eingegangenen Stellungnahmen zum städtebaulichen Planungskonzept „Deutz-Areal“ in Köln-Mülheim zur Kenntnis.

Die Bezirksvertretung Mülheim stimmt dem Planungskonzept zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

9.2 Anhörungen und Stellungnahmen gemäß § 37 Absatz 5 Sätze 1 und 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

9.2.1 Lärmaktionsplanung nach EU-Umgebungslärmrichtlinie bzw. § 47 d BImSchG / Handlungs- und Maßnahmenkatalog der Firma LK-Argus für die weiteren Arbeiten zur Kölner Lärmaktionsplanung 2422/2015

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt den von der Firma LK-Argus erarbeiteten und als Anlage 1 beigefügten „Handlungs- und Maßnahmenkatalog zum Lärmaktionsplan der Stadt Köln“ zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung:

1. die Lärmaktionsplanung zukünftig entsprechend der dort beschriebenen und in Tabelle 11 des Katalogs (siehe auch Anlage 2) zusammengefassten Verfahrensschritte und Prioritäten zu den einzelnen Handlungsebenen fortzuführen. Ziel dieser Arbeiten ist es, in einem größtmöglichen Umfang konkrete Einzelmaßnahmen mit lärmmindernder Wirkung herauszuarbeiten und dort umzusetzen, wo im Sinne der EU-Umgebungslärmrichtlinie Handlungsbedarf besteht. Mangels Mittelbereitstellung durch EU, Bund und Land müssen hierbei Instrumente aus bestehenden Tätigkeitsfeldern der Stadt genutzt werden, die lärmmindernde Effekte haben. Der finanzielle Rahmen wird dabei durch die städtische Haushaltslage bestimmt.
2. auf der Grundlage dieses Handlungs- und Maßnahmenkatalogs inklusive der dort in Tabelle 10 und Karte 7 (siehe auch Anlage 3) gelisteten ruhigen Gebiete als zentrales Element des Lärmaktionsplans die Offenlage des Lärmaktionsplanentwurfs vorzubereiten und durchzuführen.
3. als Zeitraum für die Durchführung der weiteren planerisch konzeptionellen Arbeiten beim Umwelt- und Verbraucherschutzamt wird ein Zeitraum von 3 Jahren veranschlagt. Die hierfür benötigte Personalkapazität einer/s Technischen

Angestellten, VGr. IVa/III BAT, wird im Rahmen einer geänderten Prioritäten-
setzung durch interne Umschichtung beim Umwelt- und Verbraucherschutz-
amt bereitgestellt. Die einzelnen Tätigkeiten im Rahmen der Lärmaktionspla-
nung sind der Anlage 2 zu entnehmen.

Die erforderlichen Sachmittel in Höhe von max. 40.000 € werden aus den be-
reits veranschlagten Mitteln im Teilergebnisplan 1401, Umweltordnung,- vor-
sorge, in der Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen,
ab dem Haushaltsjahr 2017, beim Amt für Umweltschutz, finanziert. Die Jah-
resergebnisse lassen einen erweiterten Spielraum erkennen. Es erfolgt derzeit
keine Budgeterhöhung.

4. im Rahmen der Arbeiten zu den einzelnen Handlungsebenen gemäß den An-
lagen 1 und 2 ist noch zu ermitteln, welche weiteren Personal- und Sachkos-
ten bei anderen städtischen Dienststellen sowohl bei den planerisch konzepti-
onellen Arbeiten im Sinne des Handlungs- und Maßnahmenkatalogs sowie bei
der Umsetzung der daraus resultierenden Einzelmaßnahmen anzusetzen
sind. Dabei sind die personellen und finanziellen Konsequenzen dieser zu-
sätzlichen Aufgaben konkret bezogen auf die betroffenen Ämter zu ermitteln
und in Form einer entsprechenden gesonderten Beschlussvorlage dem Rat
zur Entscheidung vorzulegen, damit mit der konkreten Umsetzung der Lärm-
aktionsplanung begonnen werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen bei Enthaltung der CDU-Fraktion beschlossen.

9.2.2 Umsetzung Stadtentwicklungskonzept Wohnen (STEK Wohnen) hier: Beschleunigung von Bauleitplanverfahren 2924/2015/1

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt, dass zur Beschleunigung von Bauleitplanverfahren künftig wie
Modell A zu verfahren ist.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

9.2.3 Umlegungsanordnung für das Umlegungsgebiet Nr. 415 in Köln- Dellbrück (Pfarrer-Hillmann-Weg) 3954/2015

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs stellt Frau Steland von der Geschäftsstelle des Um-
legungsausschusses, organisatorisch angebunden beim Amt für Liegenschaften,
Vermessung und Kataster, Abteilung für Bodenordnung und Ortsbaurecht, vor.

Frau Steland erläutert die Beschlussvorlage inklusive deren Anlagen. Neu an dieser
Vorlage ist, dass – entgegen des bisher üblichen Verfahrens – kein Bebauungsplan
vorliegt. Es handelt sich vielmehr um ein sog. Umlegungsverfahren im unbeplanten

Innenbereich, welches das Baugesetzbuch ausdrücklich als Möglichkeit vorsieht. Wegen des hohen Bedarfs an Wohnraum und der stetig weiter wachsenden Stadt möchte die Verwaltung gerne alle zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen, so dass erstmals nun das Umlegungsverfahren im unbeplanten Innenbereich angewendet werden soll, sofern der Rat als Beschlussorgan in seiner Sitzung am 10.05.2016 diesem Verfahren zustimmt.

Herr Merkl möchte wissen, inwieweit die Betroffenen vorab gehört wurden, ob die vorgesehene Umlegung überhaupt bereits bei den Betroffenen bekannt ist und falls ja, wie die Reaktionen ausgefallen sind.

Frau Steland erklärt, dass die Grundstückseigentümerinnen und –eigentümer bisher noch nicht beteiligt wurden. Die Verwaltung halte sich hier an das streng geregelte Verfahren des Baugesetzbuches. Danach ist die Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger erst vorgesehen, wenn der Rat tatsächlich den Beschluss fasst, den vorgesehenen Bereich zu entwickeln. Sobald das politische Votum vorliegt, werden noch vor Einleitung des Umlegungsverfahrens alle Grundstückseigentümerinnen und –eigentümer angehört. Ein Umlegungsverfahren ziele auf einvernehmliche Lösungen ab, insofern werde es zahlreiche Erörterungsgespräche geben. Sollten betroffene Bürgerinnen und Bürger dennoch letztlich mit dem Verfahren nicht einverstanden sein, besteht immer noch die Möglichkeit, Rechtsmittel einzulegen.

Herr Merkl möchte als Politiker im Vorfeld ergründen, wie das Meinungsbild der Betroffenen ist und findet es schwierig, ohne vorherige Information der Grundstückseigentümerinnen und –eigentümer und Möglichkeit der Stellungnahme für dieses Verfahren zu stimmen. Seiner Ansicht nach mag das Verfahren formalrechtlich korrekt sein, er hält es jedoch für schlechten Stil.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat ordnet die Umlegung gemäß § 46 Baugesetzbuch (BauGB) vom 20.07.2014, bekannt gemacht am 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), in der derzeit gültigen Fassung für den Innenbereich zwischen Idastraße, Marthastraße, Von-Quadt-Straße und der gewidmeten Verkehrsfläche des Pfarrer-Hillmann-Weges (Arbeitstitel: Pfarrer-Hillmann-Weg in Köln-Dellbrück) mit dem Umlegungsgebiet Nr. 415 laut Anlage 1 an.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimme von Herrn Merkl (ALFA) beschlossen.

9.2.4 Konzept Essbare Stadt Köln 0514/2016

Herr Seldschopf beantragt ergänzend, dass sich die Bezirksvertretung Mülheim dem ebenfalls ergänzenden einstimmigen Beschluss der Bezirksvertretung Lindenthal anschließt.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim empfiehlt dem Ausschuss für Umwelt und Grün, folgenden **ergänzten Beschluss** zu fassen:

Der Ausschuss Umwelt und Grün beschließt das gesamtstädtische Konzept „Essbare Stadt“ und beauftragt die Verwaltung bei der Neuanlage von Grünanlagen und der Gestaltung von Freiflächen die Anpflanzung von essbaren Pflanzen zu berücksichtigen.

Die Bezirksvertretung Mülheim bittet die Verwaltung, analog der Empfehlung der Bezirksvertretung Lindenthal folgende Gesichtspunkte in ein überarbeitetes Konzept „Essbare Stadt Köln“ einfließen zu lassen und dieses der Bezirksvertretung erneut vorzulegen:

- 1. Aufwertung vorhandener Grünflächen durch Nutzpflanzen einschließlich eines Zeitplans zur Umsetzung dieses Ziels (anstelle der Beschränkung auf neu geplante bzw. umzugestaltende Grünflächen)**
- 2. Keine Beschränkung auf Obstbäume**
 - Nachweis einer Bepflanzung mit Nutzpflanzen
 - Nachweis von Sträuchern und Hecken, z.B. Himbeeren, Johannisbeeren

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

9.2.5 Umsetzung STEK Wohnen hier: Neue Flächen für den Wohnungsbau 1028/2015

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs bittet unter Hinweis darauf, dass die Vorlage heute beraten und diskutiert, aber nicht endgültig beschlossen werden soll, Frau Dr. Kunadt und Frau Fohlmeister um Erläuterung der Vorlage. Die Details der Anlage 3 werden - wie eingangs der Sitzung angekündigt - im nicht öffentlichen Teil behandelt.

Anhand der Präsentation „Kleinräumige Bevölkerungsprognose und Neue Wohnbauflächen für Köln“ erklärt zunächst Frau Dr. Kunadt die inhaltlichen Zusammenhänge und legt ausführlich die Ergebnisse der Prognose auf Stadtteilebene dar.

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs zeigt sich verwundert in Bezug auf die genannte Anzahl des Bedarfs an neuen Wohneinheiten für den Mülheimer Süden und weist auf die Diskrepanz zu den ihm bisher bekannten Zahlen hinsichtlich der Gebiete Euroforum Nord und West, Lindgens-Areal und Deutz-Areal in Summe hin.

Frau Dr. Kunadt erklärt dies mit der sehr konservativen Herangehensweise, die nur bis 2025 reicht. Frau Müssigmann ergänzt, dass relativ pessimistische Annahmen getroffen wurden in Bezug darauf, was bis 2025 tatsächlich bezugsfertig ist. Die Verwaltung habe zwar die Hoffnung, schneller zu sein. Man wolle aber nicht allzu optimistische Annahmen treffen, um realistisch zu bleiben.

Frau Brock möchte wissen, ob es Überlegungen gibt, Anreize für ältere Menschen zu schaffen, die alleine in Mehrzimmer-Wohnungen leben, diese z.B. durch Umzug Mehr-Personen-Haushalten zur Verfügung zu stellen.

Frau Dr. Kunadt erklärt, dass die genauere Betrachtung dieses Potenzials erst noch erfolgen soll, aber für das laufende Jahr auf der Agenda steht.

In dem Zusammenhang fragt Herr Merkl, ob eventuell bestimmte Änderungen im Mietrecht es älteren Menschen erleichtern würde, Ihre Wohnung oder einzelne Zimmer unter zu vermieten.

Frau Müssigmann stellt klar, dass es sich bei Mietrecht um Bundesrecht handelt. Die Verwaltung habe sich bemüht, eine restriktive und dadurch realistische Zusammenstellung von Ideen zu erarbeiten, die aktuell geltendes Recht ebenso berücksichtigt wie z.B. die aktuelle Haushaltssituation.

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs leitet anschließend zu Frau Fohlmeister über, welche vor dem Hintergrund des zuvor beschriebenen erwarteten Bevölkerungswachstums in Köln genauere Informationen zu den neuen Flächen, an denen gegebenenfalls noch gebaut werden kann, gibt.

Frau Schlömer fragt nach, ob nach Beratung und Beschlussfassung der aktuellen Vorlage durch alle Gremien beispielsweise zu Teilflächen, für die noch Baurecht erforderlich ist, erneut eine Beschlussvorlage in die Gremien gegeben wird.

Frau Fohlmeister bejaht dies. Bei der aktuellen Vorlage gehe es darum, einen Grundsatzbeschluss zur vorgesehenen Verfahrensweise einzuholen.

Die Diskussion zu den konkreten einzelnen Flächen für den Stadtbezirk Mülheim erfolgt im nicht öffentlichen Teil.

Die Beschlussfassung wird auf die nächste Sitzung vertagt.

**9.2.6 Beschluss über die Einleitung sowie Satzungsbeschluss betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 70510/02
Arbeitstitel: Dünwalder Kommunalweg in Köln-Stammheim/-Flittard, 1. Änderung
0644/2016**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt

1. den Bebauungsplan 70510/02 gemäß § 2 Absatz 1 in Verbindung mit § 1 Absatz 8 Baugesetzbuch (BauGB) im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB für das Gebiet zwischen der Düsseldorfer Straße (B 8) 370 m nach Norden folgend, dann im rechten Winkel bis zur Bahntrasse Köln - Leverkusen nach dem Dünwalder Kommunalweg —Arbeitstitel: Dünwalder Kommunalweg in Köln-Stammheim/-Flittard, 1. Änderung— zu ändern;
2. die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 70510/02 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/ SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

**9.2.7 Elektronischer Versand der Sitzungsunterlagen
Überführung des Evaluationsbetriebes in den Echtbetrieb
3516/2015**

Herr Haeming erkundigt sich nach den technischen Möglichkeiten, die Unterlagen z.B. per App vom iPad aus zu bearbeiten und unterstellt, dass diese Möglichkeiten vorhanden sein werden.

Herr Mayer, der die beschriebene technische Unterstützung bereits nutzt, bestätigt dies.

Frau Schlömer fragt, ob sie zukünftig „auf Verdacht“ mehrmals wöchentlich selber nachsehen muss, ob neue Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden oder ob es hierüber eine automatisierte Information gibt. Weiter möchte sie wissen, ob es eine entsprechende WLAN-Anbindung ausschließlich im Bezirksrathaus gibt oder ob man auch von zu Hause aus arbeiten kann.

Eine konkrete Antwort zur ersten Frage muss von der Verwaltung nachgereicht werden. Bestätigen kann Herr Mayer aber in jedem Fall, dass – vorausgesetzt, das Gerät ist WLAN-fähig – dieses überall, wo WLAN vorhanden ist, betrieben werden kann.

Herr Lünenbach möchte neben den technischen Fragen die aus seiner Sicht positive Entwicklung hervorheben. Es sei definitiv ein Schritt in die richtige Richtung, da der Wust an Papier verringert und die Arbeitseffizienz gesteigert werde. Er bittet daher auch um Einbindung unmittelbar nach Beschlussfassung durch den Rat, um so schnell wie möglich in den Echtbetrieb übergehen zu können-

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt, den Ratsmitgliedern, den Mitgliedern der Bezirksvertretung und den stimmberechtigten Sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern, anstelle von Papierunterlagen den digitalen Zugriff auf die Sitzungsunterlagen mittels mobilen Endgeräten anzubieten.

Alle weiteren beratenden Mitglieder sollen die Möglichkeit erhalten, mit ihren Privatgeräten über eine Weblösung auf die Sitzungsunterlagen zugreifen zu können.

Die vom Rat entsandten Mitglieder in den Aufsichtsräten der städt. Beteiligungsgesellschaften sollen bei Vorliegen einer einheitlichen technischen Zugriffsmöglichkeit nur ein mobiles Endgerät erhalten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

**9.2.8 Weiterer bedarfsgerechter Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige und für Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt bis 2020/21 ff.
2877/2015**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

(1) Vor dem Hintergrund, dass

- der Bedarf an Kindertagesbetreuung für unter 3-jährige Kinder nach den Ergebnissen der stadtweiten und repräsentativen Elternbefragung von Ende 2014/ Anfang 2015 bei rund 52% (Betreuungsplätze für unter 3-Jährige in Relation zu allen Kindern unter drei Jahren) und einem Verhältnis von institutioneller Kindertagesbetreuung zu Kindertagespflege von 89: 11 liegt;
- die Zahl der unter 3-jährigen Kinder in Köln nach den Ergebnissen der neuen städtischen Bevölkerungsprognose von Mai 2015 von aktuell rund 30.800 weiter stark auf voraussichtlich knapp 33.200 in 2020 und knapp 34.000 in 2025 ansteigen wird. [Gleichzeitig wird für Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt ein Anstieg von aktuell rund 28.300 auf knapp 30.700 in 2020 und rund 31.800 in 2025 erwartet. Für die Folgejahre bis 2040 wird lediglich eine leichte Abschwächung der hohen Kinderzahlen erwartet (33.000 unter 3-Jährige und 31.200 Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt)]

beschließt der Rat den weiteren bedarfsgerechten Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige bei gesicherter Finanzierung in einem ersten Schritt mit einer Zielquote von zunächst 50% und einem Verhältnis von institutioneller Kindertagesbetreuung zu Kindertagespflege von 83: 17 bis zum Abschluss des Kindergartenjahres 2020/21 und in einem zweiten Schritt in einem „Feinschliff“ eine Versorgungsquote von 52% bei einem Verhältnis von 89: 11 in den Folgejahren. Der Rat beschließt mit Blick auf die steigenden Kinderzahlen außerdem den weiteren Ausbau der Kindertagesbetreuung für 3-Jährige und Ältere, um weiterhin eine gesamtstädtische Versorgungsquote von 100% und damit die Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Kitaplatz dieser Altersgruppe gewährleisten zu können.

- (2) Der Rat erkennt an, dass es sich hierbei um eine sehr große gesamtstädtische Herausforderung handelt und beauftragt die Verwaltung, unter Beteiligung von relevanten Akteuren der Stadtgesellschaft nach Mitteln und Wegen zu suchen, die genannten ambitionierten Ziele zu erreichen. Hierfür sind zunächst zeitnah unter Beachtung des unter Punkt 4 in der Begründung dargelegten 6-Punkte-Plans die erforderlichen Maßnahmen zu identifizieren und festzulegen.
- (3) Der Rat beauftragt die Verwaltung weiter, dem Jugendhilfeausschuss wie bisher regelmäßig halbjährlich über den erreichten Ausbaustand zu berichten.
- (4) Der Rat beauftragt die Verwaltung außerdem, die weitere gesamtstädtische und teilträumliche Entwicklung des Bedarfs an Kindertagesbetreuung wie bislang genau zu beobachten und insbesondere auf der Grundlage der vorgesehenen

Realisierung eines Trägerabgleichs der Elternanmeldungen im Rahmen geeigneter Datenverarbeitungs-Programme zu analysieren. Unter Umständen ist zu gegebener Zeit in der Zukunft eine erneute, repräsentative Elternbefragung in Erwägung zu ziehen.

- (5) Die Umsetzung von Maßnahmen erfolgt nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsplans. Die Verwaltung wird beauftragt, die stellenmäßigen Auswirkungen, die sich aus dem weiteren Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige und Ältere ergeben, verwaltungsseitig in die entsprechenden Stellenplanvorlagen mit aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

10 Mitteilungen

10.1 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

10.2 Mitteilungen der Verwaltung

10.2.1 Baumfällungen im Stadtbezirk Mülheim

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs fragt zu der Mitteilung vom 03.11.2015 betreffend Holsteinstraße (früheres Kloster, jetzt GAG-Baumaßnahme) nach dem Sachstand zu der Ausgleichsmaßnahme zu den 22 gefälltten Bäumen und möchte wissen, wo die Ersatzpflanzungen stattfinden oder stattgefunden haben. Er bittet die Verwaltung um Prüfung und entsprechende Information.

10.2.2 Unerledigte Anfragen und Anträge der laufenden Wahlperiode

**Übersicht Stand 07.04.2016
1212/2016**

Die aktuelle Übersicht wird zur Kenntnis genommen.

**10.2.3 Äußerer Grüngürtel rechtsrheinisch
Ausgleichsflächen östlich der A3
0300/2016**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt und wird zur Kenntnis genommen.

**10.2.4 Fortführung der Verstetigung des Integrierten Handlungsprogramms
Mülheim 2020
0318/2016**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt und wird zur Kenntnis genommen.

**10.2.5 3. Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im zweiten Halbjahr 2016
0615/2016**

Die Vorlage wurde von der Verwaltung zurückgezogen.

**10.2.6 Beantwortung einer Anfrage der Gruppe im Rat der Stadt Köln Deine Freunde vom 14.01.2016 zum Kunst- und Gewerbehof Deutz-Mülheimer-Straße 127 – 129
0463/2016**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt und wird zur Kenntnis genommen.

**10.2.7 Bericht zur Kleinräumigen Bevölkerungsprognose für Köln 2015 bis 2040
0857/2016**

Der TOP wurde bereits zusammen mit TOP 9.2.5 beraten.

**10.2.8 Information der Bezirksvertretungen über die Fällung städtischer Bäume im Zuständigkeitsbereich des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen
0112/2016**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt und wird zur Kenntnis genommen.

**10.2.9 Versetzung der Werbetafel auf der Bergisch Gladbacher Straße hier: Beschluss aus der Sitzung der Bezirksvertretung Mülheim vom 22.02.2016, TOP 8.1.4
0873/2016**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt und wird zur Kenntnis genommen. Der Beschluss wurde umgesetzt und ist damit erledigt.

**10.2.10 Beantwortung einer Anfrage der Piratengruppe zur Schließung von öffentlichen Toiletten und Forderung nach Drogenkonsumraum
3900/2015**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt und wird zur Kenntnis genommen.

**10.2.11 Sachstand GGS Leuchterstraße /Neubau für OGTS
0649/2016**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt und wird zur Kenntnis genommen.

**10.2.12 Laternen auf dem Fuß- und Radweg zwischen Thielenbrucher Allee und
Gemarkenstraße in Köln-Dellbrück, hier: Beschluss aus der Sitzung der
Bezirksvertretung am 18.01.2016, TOP 8.1.2
0843/2016**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt und wird zur Kenntnis genommen. Der Beschluss wurde umgesetzt, die Sache ist damit erledigt. Herr Stengle bedankt sich ausdrücklich bei der Verwaltung für die schnelle Bearbeitung.

**10.2.13 Mitteilung über erfolgte Beschlussfassungen des Jugendhilfeaus-
schusses
0919/2016**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt und wird zur Kenntnis genommen.

**10.2.14 Benennung von Straßen und Plätzen innerhalb Kölns - Vorschlag der
StadtAG Lesben, Schwule und Transgender sowie des Ausschusses für
Anregungen und Beschwerden
0887/2016**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt und wird zur Kenntnis genommen.

**10.2.15 Bericht des Behindertenbeauftragten 02/2016
0461/2016**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt und wird zur Kenntnis genommen.

**10.2.16 Wahl der Seniorenvertretung der Stadt Köln 2016
1031/2016**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt und wird zur Kenntnis genommen.

10.3 Bemerkungen zur Niederschrift

Es gibt keine Anmerkungen, die Niederschrift ist damit genehmigt.

Der öffentliche Teil der Sitzung ist damit erledigt. Herr Bezirksbürgermeister Fuchs bedankt sich bei den Zuhörerinnen und Zuhörern und bei den Damen und Herren von der Presse für Ihr Interesse und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.



Norbert Fuchs
(Bezirksbürgermeister)

gez. Schall

Schall
(Schriftführerin)